

## Lateinamerika in der Krise?

Ab Ende der 1990er-Jahre gelangten in vielen Ländern Lateinamerikas linke oder zumindest progressive Regierungen an die Macht. Oft waren vorher Militärdiktaturen von demokratisch gewählten, aber extrem neoliberal ausgerichteten Regierungen abgelöst worden. Diese setzten die Programme des IWF, der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank um. D.h. sie privatisierten die öffentliche Daseinsfürsorge, verkauften sie oft an ausländische Investoren, und sie zerstörten die noch verbliebenen sozialen Sicherungssysteme.

Mitte-links-Koalitionen gewannen dann zunächst Kommunalwahlen in wichtigen Städten, danach hatten linke oder zumindest progressive Parteien auch Erfolg bei Präsidentschaftswahlen: 1999 wurde Hugo Chávez zum Präsidenten Venezuelas gewählt. 2003 der Gewerkschafter Lula da Silva in Brasilien. In Argentinien wurde, ebenfalls 2003, der Links-Peronist Nestor Kirchner gewählt; in Uruguay 2005 der Sozialist Tabaré Vázquez.



Tabaré Vázquez

In Bolivien wurde 2006 zum ersten Mal mit Evo Morales ein Indigener Präsident eines lateinamerikanischen Staates; in Ecuador wurde der von der Sozialistischen Partei unterstützte Rafael Correa 2007 Präsident, in Paraguay 2008 Fernando Lugo, ein ehemaliger Bischof und Befreiungstheologe. In El Salvador gewann 2009 der Kandidat der ehemaligen Guerilla FMLN Mauricio Funes und in Nicaragua ist seit 2007 der ehemalige Guerilla-Comandante Daniel Ortega wieder Präsident, allerdings betreibt er nur bedingt eine linke Politik.

Inzwischen sind viele dieser linken oder zumindest progressiven Regierungen in Schwierigkeiten geraten oder abgewählt worden. Am bekanntesten ist die Situation in Venezuela, wo der Nachfolger des verstorbenen Hugo Chávez, Nicolas Maduro, eine Parlamentsmehrheit

gegen sich hat und angesichts einer katastrophalen Versorgungslage sich nur mit Mühe und fragwürdigen Mitteln im Amt halten kann. In Argentinien gewannen die Rechten 2016 die Wahlen, in Brasilien wurde in einem sehr zweifelhaften Verfahren die als Nachfolgerin Lula da Silvas gewählte Präsidentin Dilma Rousseff aus ihrem Amt entfernt, in Bolivien wurde zwar Evo Morales als Präsident wiedergewählt, seine Partei verlor aber bei den letzten Kommunalwahlen die Mehrheit in fast allen größeren Städten.

Zeigt dies, dass neoliberale kapitalistische Wirtschaftsprogramme eben doch besser für das Volkwohl sind als sozialistische Umverteilungsprogramme? Ich denke nicht. Aber warum wenden sich dann trotzdem Mehrheiten von einer Politik ab, die doch eigentlich endlich eine Besserstellung der bisher Marginalisierten erreichen will?

Meine, etwas pauschale Antwort ist: Politische Macht heißt nicht automatisch *wirkliche* Macht. Den linken Regierungen in Lateinamerika ist es zwar durchaus gelungen, die Not der Armen zu lindern. Sie haben erfolgreich die Pläne durchkreuzt, für den ganzen Kontinent ein us-dominiertes Freihandelsabkommen zu verhindern. Durch das Null Hunger Programm, das die Arbeiterpartei in Brasilien durchgesetzt hat, wurde die absolute Armut massiv reduziert. In Bolivien wurden sinnvollerweise Sozialprogramme mit der Auflage verbunden, dass sie nur denen zugute kommen, die ihre Kinder auf die Schule schicken. Durch das Programm Barrio Adentro in Venezuela, das Kuba mit Erdöl und Venezuela mit kubanischen Ärztinnen und Ärzten versorgte, wurde die Gesundheitsversorgung der ärmsten Bevölkerungsschichten massiv verbessert. Aber es ist nicht gelungen die Macht der traditionellen Eliten wirklich zu brechen.

Es gelang zwar, die Staatseinnahmen etwas zugunsten der Armen umzuschichten. Die Einnahmen aus dem venezolanischen Erdöl, die vorher fast ausschließlich der Ober- und Mittelschicht zuflossen, kamen nun verstärkt den Armen im Land zu. Aber eine Umverteilung des sehr ungerechten Landbesitzes konnte keine der linken Regierungen durchsetzen. Lediglich in Venezuela wurde wenigstens brachliegendes Land in bescheidenem Umfang umverteilt. Es

gab auch keine Veränderung im Besitz der Produktionsmittel. Trotz aller Sozialprogramme war der wirtschaftliche Ansatz unverändert das Setzen auf quantitatives Wachstum. Das „Buen Vivir“ wurde zwar in Verfassungen geschrieben, das damit gemeinte Setzen auf qualitatives statt auf quantitatives Wachstum aber nicht umgesetzt.



Alle Regierungen setzten auf „Extraktivismus“, d.h. auf den Verkauf der im Land vorhandenen Bodenschätze oder aus Pflanzen gewonnener Treibstoffe, im Fall Brasiliens auch von (überwiegend genmanipuliertem) Soja ans Ausland, um damit die Sozialprogramme zu finanzieren. Es wurde aber versäumt, mit den Staatseinnahmen eine eigene, vom Ausland unabhängige und nicht auf Kapitalakkumulierung ausgerichtete Wirtschaft aufzubauen. Außerdem verloren die linksgerichteten Regierungen durch diesen Extraktivismus wichtige Unterstützerguppen, weil der Abbau von Bodenschätzen ja immer mit Vertreibung und Enteignung verbunden ist. Mit dem Absturz der Erdölpreise und anderer Rohstoffpreise brachen die Staatseinnahmen zusammen und damit auch die Basis für die Sozialprogramme.

In ihrer Verzweiflung haben einige Länder sogar das eingeleitet, was sie früher erfolgreich bekämpften. Die ecuadorianische Regierung hat inzwischen ein Freihandelsabkommen mit der EU abgeschlossen und die Förderrechte für die wichtigsten Ölfelder an transnationale Konzerne vergeben. Auch Venezuela will künftig 150 transnationalen Unternehmen Bergbaurechte zu niedrigsten sozialen und ökologischen Standards genehmigen. Statt auf die Kräfte zu setzen, die sie an die Macht gebracht haben, neigen viele eigentlich progressive Regierungen dazu, zu autoritären Maßnahmen zu greifen, die vermeintlichen Erfolgsrezepte des Neoliberalismus zu kopieren und ihre eigenen Ziele zu verraten.

Eine weitere Ursache für das Scheitern progressiver Regierungen liegt in der Struktur jedes Staatsapparats. Die Beamten oder Angestellten, die die Programme umsetzen sollen, sind ja dieselben wie vorher. Der Widerstand mächtiger wirtschaftlicher Eliten und der Bürokratie an wichtigen Schaltstellen der Macht kann sich da auf viele materielle Ressourcen, aber auch auf viel Wissen stützen, über die die neue Regierung nicht verfügt. Auch die junge Bundesrepublik hatte da wenig Problembewusstsein und ließ viele Nazi-Beamte und sogar die meisten Nazi-Richter weiter im Amt, mit allen Folgen, die das für die vermeintliche Stunde „Null“ hatte.

Das Scheitern linker Regierungen in Lateinamerika ist also kein Beweis für die Effizienz des Kapitalismus. Es zeigt aber, wie schwer und kompliziert es ist, Alternativen aufzubauen.

Ernst Standhartinger

Quellen:

Ulrich Brand, Kristina Dietz und Mirjam Lang. „Weniger Staat wagen“ (Blätter für deutsche und internationale Politik)

Ulrich Brand (Hrsg.). „Lateinamerikas Linke“ (Taschenbuch, VSA-Verlag)

Gert Eisenbürger, „Ende des linken Zyklus?“ (erschienen in ILA, April 2017)